

Mit Rainer Hasi war guten Abend. Im Ukrainer Krieg scheint die Ukrainer derzeit in einem Punkt wirklich erfolgreich zu sein, im Zerstören teurer russischer Waffen jedenfalls einmal auf der Creme. Im Kampf gegen die Inflation war die EZB, also die europäische Zentralbank bisher noch mäßiger erfolgreich, die Inflation sei zu hoch und das Dauerrei alles zu lange beklagt selbst EZB-Direktorin Lagarde, bleibt aber bei den Bekämpfungsrezepten. In Bemühen, die europäischen Autohersteller zu schützen garniert mit einem Bekenntnis zu fairem Wettbewerb will Ursula von der Leyen die staatlichen Subventionen Chinas thematisieren, das hat heute schon zu Unmut in Peking geführt. Im Bestreben das Amtsgeheimnis abzuschaffen will die Regierung großzügige Ausnahmen für Gemeinden erlauben, Experten sind eher dagegen. Und bei den Anstrengungen die große Zahl an neue ankommenden Menschen zu bewältigen,

hat die italienische Insel Lampedusa nun den Notstand ausgerufen. Das alles und noch mehr hier im Abendjournal. Zuerst einmal bietet Gerhard Holzinger mehr vom Spätsommer. In den nächsten Stunden sind noch ein paar Schauer unterwegs, die meisten im Süden und im Mostviertel. In der Nachtklades vermehrt auf, in manchen Regionen bildet sich Nebel und es gülnt ab auf 16 bis 8 Grad. Morgenfreitag spätsommerlich, einige sind Sonne, auffrischender Wind aus Ost bis Süd und Höchstwerte zwischen 18 und 26 Grad, in 2000 Meter Höhe um 11 Grad. Nur im Süden bleibt es stellenweise länger trüb, über den Bergen bilden sich am Nachmittag einzelne Regenschauer. Auch das Wochenende bringt eine Mischung aus Nebel, Sonne, Wolken und ein

paar Schauern, dabei wird es aber Tag für Tag noch etwas wärmer. Die Ukraine hat offenbar neuer ein wertvolles militärisches Ziel auf der von Russland besetzten Halbinsel. Creme zerstört nämlich ein S 400 Luftabwehrsystem. Die modernste Waffe, die Moskau zur Abwehr von Flugzeugen und

Raketen besitzt und mit einem Stückpreis von einem Halben bis zu mehr als einer Milliarde Dollar eben auch ein überaus teures System. Erst gestern konnte die Ukraine auf der Creme zwei russische Kriegsschiffe einen Reparaturdoc zerstören. Christian Leninger überdies hat dieser Woche deutlich verstärkten ukrainischen Angriffen auf die besetzte Halbinsel.

Zuerst mehrere kleine Explosionen und dann ein gewaltiger Treffer, ein Feuerball steigt in den Himmel. Weitere lauter Explosionen folgen. Das auf ukrainischen Nachrichtenseiten veröffentlichte

Amateurvideo soll in den frühen Morgenstunden aufgenommen worden sein bei Jef Batoria im Westen

der von Russland besetzten Halbinsel Creme. Was es zeigt, das ist nach Angaben des ukrainischen Militärgeheimdienstes die Zerstörung einer der modernsten und teuersten Waffen, die Russland besitzt, eines Luftabwehrsystems S 400. Und Geheimdienstmitarbeiter schilderten gegenüber ukrainischen Medien auch, wie sie genau vorgegangen waren. Zuerst hätten sie die russischen Radaranlagen

durch Drohnenangriffe ausgeschaltet und dann, als die russischen Einheiten sozusagen blind waren, seien die Abschussrampen des Luftabwehrsystems mit zwei Neptun-Marschflugkörpern zerstört

Die ukrainischen Angriffe auf die Creme haben damit diese Woche eine vorher nicht zu beobachtende

Intensität und auch Qualität erreicht. Das Kief neben Drohnen auch hochpräzise Marschflugkörper

einsetzt ist nämlich neu. Gestern war es offenbar die britische Storm Shadow, heute die von der Ukraine selbst entwickelte Neptun. Und auch der gestrige Angriff war für Russland mehr als unangenehm. Er traf die größte Stadt der Creme, Syvastopol, den Heimathafen und der Schwarzmeerflotte. Die Ukraine zerstörte ein Reparaturtag und zwei dort liegende Schiffe. Und schon Anfang der Woche hat Kiev bekannt gegeben, mehrere vor der Creme liegende Gasbohrinsel

zurückeroberzuhaben, auf denen Russland Radaranlagen installiert hatte.

Und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine lässt die Solidarität von Deutschland mit der Ukraine wachsen, nicht nur im militärischen finanzellen und im humanitären Bereich, sondern jetzt setzen Kiev und Berlin ein Zeichen des Zusammenhalts und schließen in der Städtepartnerschaft

Die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung ist der Bürgermeister von Kiev, Witalik Litschko, extra zum Bürgermeister von Berlin, zu Kai Wegener. Gereist Andreas Jülle war schon tot.

Kiev und Berlin rücken zusammen wollen wirtschaftlich und kulturell enger kooperieren.

Besiegelt wird das heute mit der Städtepartnerschaft, wie es die Berliner Regierung bereits im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Für Bürgermeister Kai Wegener ist das mehr als symbolisch.

Ich glaube, es ist eine ganz entscheidende Botschaft, die wir heute ausstrahlen, dass die Hoffnung auf Freiheit immer berechtigt ist und dass der Freiheitswelle siegt. Berlin ist die Stadt der Freiheit und Kiev wird frei bleiben in einem friedlichen und demokratischen Europa und deswegen

ist es, glaube ich, viel mehr als ein Symbol. Zur offiziellen Unterzeichnung und Zeremonie im Roten Rathaus von Berlin ist extra Witalik Litschko, der Bürgermeister von Kiev, angereist und Kai Wegener, bekräftigt die Solidarität mit Kiev und der Ukraine. Die deutsche Hauptstadt sei auch weiter bereit und in der Lage, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. Berlin hat etwa 360.000 Flüchtlinge erst versorgt, nach Schätzungen leben etwa 100.000 Ukrainer in der Stadt.

Wir sind ja auch in der Verantwortung diesen Menschen zu helfen, die vor dem Bomben von Vladimir Putin fliegen und ich glaube, da sind die Berlinerinnen und Berliner sehr, sehr solidarisch und das schafft Berliner. Ein ganz anderes Signal sendet Berlin an Russland. Eigentlich gibt es auch eine Städtepartnerschaft mit Moskau schon seit mehr als 20 Jahren.

Wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wurde diese Partnerschaft aber ruhend gestellt. Die EU will die chinesische Elektroautoindustrie wegen des Verdachts des unfahren Wettbewerbs untersuchen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte den Export der voll chinesischer E-Autos gestern auf staatliche Unterstützung zurückgeführt und heute hat China da wirklich erzöhnt reagiert, Peking wirft der EU-Protektionismus vor, wie Ernst Kernmeier berichtet. In ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union hat EU-Kommissionspräsidentin

Ursula von der Leyen dem angeblich unlauteren Wettbewerb Chinas mit Elektroautos gestern eine prominente Stellung eingeräumt. Deren Preise würden mit Subventionen künstlich niedrig gehalten, sagte von der Leyen. Chinesische E-Autos würden so die Märkte fluten und sie kündigte eine Untersuchung an, an deren Ende Strafzölle stehen könnten. China will das nicht auf sich sitzen lassen. Unverholenen Protektionismus wirft ein Sprecher des Handelsministeriums der EU vor und warnt vor negativen Folgen für die gegenseitigen Handelsbeziehungen.

China produziert weltweit die billigsten E-Autos. Laut EU-Kommissions sind sie im Schnitt um 20% billiger als in Europa produzierte Fahrzeuge. Seit langem fördert der Staat die

Herstellung und den Verkauf. China ist so selbst zum weltweit größten Markt für E-Autos geworden. Gegen diese Marktmacht tritt in der EU vor allem Frankreich auf, das seit Jahren für einen besseren Schutz der europäischen Industrie lobbiert. Deutsche Autobauer fürchten dagegen mögliche Vergeltungsmaßnahmen Chinas. Der jüngste Streit könnte auch zu einem bestimmenden Thema beim

geplanten China-EU-Gipfel werden, der noch vor Jahresende über die Bühne gehen soll.

Zum zehnten Mal in Folge hat die Europäische Zentralbank heute eine Zinserhöhung beschlossen. Die Schlüsselsetzer steigen um 0,25 Prozent. Punkt der Leitzins damit von 4,25 auf 4,5 Prozent. Die Maßnahmen sollen nach wie vor der Inflationsbekämpfung dienen, berichtet Andreas Pfeiffer. Noch vor einem Jahr muss er sich die Europäische Zentralbank des Vorwurfs der Tatenlosigkeit erwehren.

Diese Zeiten sind gründlich vorbei. Zum zehnten Mal in Folge heben die Frankfurter Währungshüter die Zinsen an, um die Inflation zu senken. Dabei hatten viele an Konjunkturschwäche leidende Unternehmen eine Pause erhofft. Denn auch die EZB hat ihre Wachstumserwartungen

für das laufende Jahr im Euroraum von 0,9 auf 0,7 Prozent gesenkt. Doch die Prognose der Teuerungsrate bleibt mit 5,6 Prozent im Jahresdurchschnitt noch immer sehr hoch. Zwar sind einige Lebensmittelpreise mittlerweile gesunken. Der Ölpreis aber merklich gestiegen. Daher bleibt die EZB-Präsidentin strikt auf Zinserhöhungskurs, Christine Lagarde. Unsere Schlüsselsätze haben damit ein Niveau erreicht, das für angemessene Zeit einen substanziellen Beitrag dazu leistet, die Inflation auf unseren Zielwert von 2 Prozent zu senken. Unsere künftigen Entscheidungen werden

dafür sorgen, dass die Zinsen auf restriktiven Niveau bleiben und zwar so lange wie nötig.

Ob aus diesem Orakel das Erreichen des Zins Gipfels abzulesen ist, bleibt strittig. Eine rasche Senkung erwartet sich nun aber wohl niemand mehr. Kreditnehmer dürfte dies ängstigen Sparer erfreuen. Andreas Pfeiffer war das aus Berlin. Seit Montag haben wir als 8.000 Menschen die italienische Insel Lampedusa in der Nähe der tunesischen Küste erreicht. Der Stadtrat hat jetzt den Notstand erklärt. Heute sollen tausende nach Sizilien gebracht werden. Aber die Lage auf Lampedusa bleibt angespannt und eine Lösung der Überfüllung ist einfach nicht in Sicht, berichtet das Rom Alexander Hecht. Nach und nach werden Migrantinnen und Migranten heute mit Fähren von Lampedusa nach Sizilien gebracht, schildert die Sprecherin des Roten Kreuzes. Bis zu 3000 Menschen sollen verlegt werden, doch auch mit den Verbleibenden etwa 4.000 Personen ist das Aufnahmezentrum auf der Insel zehnfach überbelegt. Der Bürgermeister von Lampedusa hofft, dass nach den ersten Akut-Massnahmen strukturelle Lösungen gefunden werden. Die liegen für Vizepremier Matteo Salvini in schärferen Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen. Er beklagt, dass Italien von Europa alleine gelassen werden.

Europa sei bereit zu helfen, heißt es aus Brüssel. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sei mit Ministerpräsidentin Giorgio Miloni in Kontakt. Italiens Regierungschefin fordert einen Stopp der Ankünfte. Doch wie genau der erreicht werden soll, weiß der Zeit niemand. Berichtet Alexander Hecht aus Italien

damit nach Österreich. Vergangenen Juni hat die Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft im Bundeskanzleramt Daten von rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sichergestellt und zwar

im Zusammenhang mit der ÖVP in Sarathnavere. Das Bundeskanzleramt hat dagegen Beschwerde

erhoben, aber nun hat das Oberlandesgericht entschieden, diese Sicherstellung ist zu Recht geschehen, mehr von Barbara Gansfuß. Die Debatte um die Sicherstellung der Daten hat schon vor einem Jahr begonnen, denn schon im August 2022 wollte die Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft die Daten auf E-Mailpost-Fächern und persönlich zugeordneten Laufwerken von allen Mitarbeitern, die zwischen Dezember 2017 und Oktober 2021 im Bundeskanzleramt

in der Öffentlichkeitsarbeit und in der strategischen Kommunikation tätig waren. Das Kanzleramt ist dem zuerst nicht nachgekommen, zu unbestimmt sei diese Anordnung so die Begründung der beigezogenen Finanzprokuratur. Das Oberlandesgericht hat nun für die WKSDA entschieden, die Anordnung war konkret genug, sagt Sprecher Reinhard Hinger und betreffe

eben nur Mitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit.

So dass nicht das Risiko gesehen wird, dass hier in Bauschandbogen alles was im Bundeskanzleramt irgendwann von irgendjemandem per E-Mail verschickt wurde von einer solchen Anordnung erfasst wäre.

Für alle, die befürchten, dass private Daten öffentlich werden könnten, sei Rechtsschutz gewährleistet.

Da gibt es einen Mechanismus im Gesetz, der letztlich dann dem Gericht die Prüfung überlässt, welche Daten zum Akt genommen werden, welche Informationen zum Akt genommen werden und welche gelöscht werden müssen.

Der Chef der Finanzprokuratur Wolfgang Pehschorn sagt, die Argumente der Republik Österreich seien gewichtig gewesen, man habe sich aber nicht mit allen genügend auseinandergesetzt. Nach wie vor warten Tausende Unternehmen auf Entschädigungen wegen der Corona-Lockdowns. Die Interessensvertretung Finanz-Ombudsman-Team kündigt nun Klagen von Betroffenen an, berichtet Volker Obermeier.

Die Gruppe bereitet bis zu 360 Klagen gegen die Covid-19-Finanzierungsagentur des Bundes. Vor allem geht es um die Nichtauszahlung von Fixkostenzuschuss sowie Verluster-Satz. Wegen der bisher ausgebliebenen Zahlungen würden vielen Unternehmen das Geld ausgehen, der Druck von Gläubigern steigen, sagt Gerhard Smueck, Chef von Finanz-Ombudsman. Wenn die alle in Konkurs gehen würden bzw. weiter Probleme haben, sind bis weit über 10.000 Arbeitsplätze gefährdet und damit ist es ein gesamtwirtschaftliches Thema. Ein Grund für die verzögerte Auszahlung für eine EU-konforme Hilfe fehlt die nationale Regelung.

Der ÖVP-Finanzminister und der Grüne Vizekanzler seien gefordert, sich zu einigen, sagt Smueck, die Co-Faktrohe zum Sacknagel für Tausende Unternehmen zu werten.

Das Informationsfreiheitsgesetz soll noch im Herbst im Ministerrat beschlossen werden, stellt die Regierung einmal mehr in Aussicht.

Dann sollen Gemeinden auch von sich aus aktiv relevante Informationen veröffentlichen müssen.

Einem Stritt in ein Entwurfsied nun vor, dass das aber nur für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern gelten könnte und das wären insgesamt nur 87 Gemeinden.

Wohl ein Kompromiss, denn gerade kleine Gemeinden befürchten immensen Aufwand durch die aktive

Veröffentlichungspflicht, aber Experten sehen das anders, berichtet Viktor Herr Waldeker. Gemeinderatsprotokolle, Verträge mit hohen Beträgen, aber auch geplante Vorhaben.

Das alles sollten Gemeinden künftig online stellen, sagt Geo Kako von Transparency International. Kleineren Gemeinden, die sich vor dem zusätzlichen Aufwand fürchten, könne man gut helfen, glaubt er.

Man kann die Gemeinden auch dabei unterstützen, diesen Aufwand gering zu halten, zum Beispiel, in dem sich Gemeinden zusammenschließen und dann eine kompetente Person haben, die sich wirklich spezialisiert auf dieses Feld.

Das kleinere Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern von einer aktiven Veröffentlichungspflicht

ausgenommen werden könnten, immerhin 2006 Gemeinden in Österreich kritisiert Kako.

Alle Bürgerinnen und Bürger hätten ein Recht auf Informationen und Transparenz.

Das ist ja kein Gnadenakt, den die Verwaltung den Ultratanten gewährt.

Auch für den Verwaltungsjuristen Peter Busjäger ist eine Unterscheidung nach Gemeindegröße nicht sinnvoll.

Im Ergebnis ist das eine Diskriminierung aus meiner Sicht der Bevölkerung im ländlichen Raum, wenn sie sozusagen mit nicht gleichwertigen Informationen bedient werden, wie die Menschen in größeren Gemeinden.

Dass ja alle Gemeinden Anfragen beantworten müssten, lässt Busjäger nicht gelten.

Ein modernes Verwaltungssystem müsse Transparenz und Informationen bereitstellen und das nicht erst auf Anfrage.

Weiterhin, Unklarheiten um das Informationsfreiheitsgesetz, um das von der Regierung geben geplante Berichtert

Victoria Waldecker und wir bleiben in der Innenpolitik.

Die Sozialdemokraten haben heute verschiedene Forderungen präsentiert, die speziell Kindern zu gut kommen sollen,

darunter ein gratis Mittagessen an den Schulen und eine Kindergrundsicherung.

Familien mit niedrigen Einkommen und mit Kindern seien nämlich laut SPÖ besonders überdurchschnittlich

von der starken Teuerung bei den Lebensmitteln betroffen.

Außerdem fordert die SPÖ einmal mehr an Aussätzen der Mehrwertsteuer auf diese Lebensmittel, berichtet Peter Daser.

Armutsgefährdete Familien leiden besonders unter der Inflation.

Es falle schwer, Kinder gesund zu ernähren, sagt Eva Maria Holzleitner von den Sozialdemokraten.

Sie fördert an Pflichtschulen und in Kindergärten ein kostenloses Mittagessen.

Zum Beispiel Schulen dahingehend umzubauen, Kooperationen zu finden, wo es diese zum Beispiel auch schon gibt in Gemeinden,

wo man im Altenpfleger heimkocht und dann die guten Speisen an die Schulen, an die Kindergärten bringt.

Angekündigt wird auch ein Modell für eine Kindergrundsicherung.

Orientieren könnte man sich hier an jenem der Volkshilfe.

Zur Familienbeihilfe soll es dabei bis zu 872 Euro im Monat geben.

Je höher das Einkommen der Eltern desto niedriger soll der Betrag werden, Holzleitner sagt.

Das Volkshilfemodell ist wirklich total beachtenswert, weil es auch wissenschaftlich begleitet wird.

Wir als SPÖ werden uns mit einem eigenen Modell beschäftigen, nehmen da natürlich auch die Erkenntnisse aus Deutschland,

wo sich die Ampel auf eine Kindergrundsicherung geeinigt hat, mit hinzu.
Erneuert wird auch die Forderung nach einem Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel.
Von der SPÖ zur FPÖ, die will die Strafen für den Konsum und die Bearbeitung von Bildern, die sexuellen Missbrauch von Kindern steigen, viel stärker bestrafen, sogar bis zu Lebenslang.
Anlass ist das Teichmeisterurteil, dass auch die Regierungen Sachen Kinderschutz in Zugzwang gebracht hat.
Zentraler Punkt des FPÖ-Maßnahmenpakets ist auch ein lebenslanges Berufsverbot für Tätigkeiten mit Kindern
und Schutzbedürftigen für Verurteilte, berichtet Stefan Kappacher.
Für den freiheitlichen Justizsprecher Harald Stephan steht an oberster Stelle jeden beruflichen Kontakt
von verurteilten Tätern mit Kindern zu verhindern.
Entsprechende Einträge in Strafregister dürften deshalb nicht mehr gelöscht werden.
Wer mit Kindern arbeitet, soll den Registerauszug bei der Bewerbung automatisch vorweisen müssen.
Beim Strafmaß derzeit ein bis drei Jahre ist die FPÖ nicht zurückhaltend, Harald Stephan.
Uns schweben hier schon wirklich mindestens Strafen von fünf Jahren und bis zu 15 Jahren oder auch lebenslang vor,
um klar zu machen, dass es hier um wirkliche Kapitalverbrechen geht.
Nicht zuletzt müssen auch mehr Geld in die Hand genommen werden, um personell aufzurüsten, so die FPÖ vor allem mit IT-Experten, um Täter wirksamer und rascher auszuforschen.
Reich 18 nur 18. Übermorgen jährt sich der Todestag der iranischen Kurin China Marsha Amini, die nach der Verhaftung durch die Sittenpolizei gestorben ist.
Das hat ja damals zu massen, protesten, im Iran geführt, vor allem von Frauen und von jungen Menschen.
Mnist International Österreich fordert von der Bundesregierung mehr Unterstützung, wie Beate Tomasovic berichtet.
Der Iran hat in den letzten zwölf Monaten massiv Menschenrechte verletzt.
Laut Mnist International sind 22.000 Menschen rechtswidrig in Haft.
Mehrere 100 wurden bei den Protesten getötet, sieben wurden hingerichtet.
Die Bundesregierung müsse endlich handeln. Österreich soll es sich für die Strafverfolgung der Täterinnen und Täter einsetzen,
fordert Shura Hashemi, Geschäftsführerin von Mnist International Österreich.
Es ist möglich, im Sinne des Weltrechtsprinzips Ermittlungen durchzuführen.
Es ist möglich, internationale Haftbefehle auszustellen gegen identifizierte Täter und Täterinnen des iranischen Regimes.
Mnist International selbst startet zur Unterstützung der Protest im Iran eine Kampagne unter dem Titel I ran from Iran.
Menschen, die das Glück hatten, aus dem Iran flüchten zu können, wollen nun von außen die jungen Menschen im Iran unterstützen.
Noch nie waren die Ozeane so warm wie dieses Jahr.
Im August wurde die höchste monatliche Durchschnittstemperatur an der Meeresoberfläche gemessen.
Das verändert immer mehr die Rolle, die sie für das globale Klima spielen, wie Julian Nagila

berichtet.

Noch verlangsamen die Meere die Klimaerwärmung, weil sie ein wichtiger Puffer sind.

Fast 90 Prozent, der durch die Klimaerwärmung verursachten Wärme, wird in den Meeren gespeichert.

Zudem nehmen sie rund ein Viertel der CO₂-Emissionen auf, die der Mensch in die Atmosphäre bläst.

Dienstleistungen, die zukünftig weniger werden könnten.

Denn wärmere Wassermassen können Gase schlechter aufnehmen, sagt der Klimaforscher Mojib Latif.

Damit verbleibt eben ein relativ größerer Anteil des CO₂s, dass wir ausstoßen in der Atmosphäre.

Und das würde eben die globale Erwärmung noch mal beschleunigen.

Wann der Punkt erreicht ist, an dem die Ozeane deutlich weniger CO₂-Aufnehmen, wissen wir nicht genau, meint Mojib Latif.

Gerade diese Unwissenheit sei ja bei der beste Grund, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Und auf der Meeresbiologie hat es handelt,

der ist neulich von einer dreivöchigen Forschungsfahrt im Nordatlantik teilgenommen hat, hat im Miernational gewarnt.

Diese Meeresströmungen, auch in der Tiefe, diese unterschiedlichen Wassermassen, das ist ein komplexes Strömungsmuster und wie sich das mit einer Erwärmung verändert, das ist eben sehr, sehr schwierig vorher zu sagen.

Aber sollte es so sein, dass wirklich der Golfstrom zum Beispiel sich verlangsamt und da gibt es durchaus wissenschaftliche Belege dafür, dass das so ist.

Über die letzten zehn Jahre hat sich der Golfstrom verlangsamt

und das führt dazu, dass im Prinzip diese Conveyor-Belt-Zirkulation, diese Kreiselströmung im Ozean sich auch verlangsamt.

Und das kann dazu führen, dass sich weiträumige Unterumständen auch die großen Wassermassen, die großen Strömungen auch verändern werden.

Und das würde dazu führen, dass sich auch das Klima auf unserem Planeten ändert in verschiedenen Regionen.

Dass zum Beispiel Skandinavien könnte zum Beispiel kälter werden, wenn sich diese Strömungen verändern.

So weiter mehr des Biologie-Handels im Mittagsschönung.

Im Wiener AKH ist diese Woche eine 83-jährige Patientin an einer Infektion

mit Legionälen gestorben, also an Bakterien, die sich zum Beispiel

in warmem Wasseranlagen vermehren und schwere Lungen und Zündungen auslesen können.

Die Frau dürfte sich im AKH beim Duschen infiziert haben,

berichtet Evelyn Kania.

Die Patientin war seit drei Wochen auf der Neurokirurgiestation im AKH.

Am Dienstag verstirbt sie an einer Lungenentzündung ausgelöst durch Legionälen, bestätigt AKH-Direktorin Gabriela Kornek.

Wo genau sich die Frau infiziert hat, sei aber noch unklar.

Wir wissen noch nicht sicher, ob es bei uns im Haus war.

Die Patientin wurde von einem anderen Krankenhaus übernommen.

Der Verlauf weist schon darauf hin, dass es sehr wahrscheinlich ist,

dass es bei uns gewesen ist.

Im Fokus ist vor allem eine Badewanne, die die Frau benutzt hat.

In zehn Tagen soll die Analyse der Wasserproben vorliegen.

Man habe die betroffenen Bereiche sofort gesperrt, sagt Kornek.

Es wurden sofort die Armaturen und die Filter ausgetauscht, sodass andere Patienten nicht gefährdet sind.

Inzwischen sei alles wieder frei gegeben, bis auf die Badewanne.

Legionälen-Infektionen in Spitele an seines sehr selten betont die AKH-Direktorin.

Man halte sich strikt an den legionellen Plan des Spitals.

Berichtet Ewingkarnia aus Wien und damit ins Nachrichtsstudio zu Daniela Nikolaj.

Die beschlossene Pensionserhöhung um 9,7 Prozent

ist für die Pensionistenvertreter nicht ausreichend.

Peter Kostelka vom SPÖ nahen Pensionistenverband

und Seniorenbundpräsidentin Ingrid Koroseck von der ÖVP fordern Nachbesserungen.

Die jungen Neos halten das für völlig überzogen.

Von derartigen Lohnerhöhungen könnten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nur träumen.

China verstärkt wieder seine Drohgebärden gegen Taiwan.

Nach thaiwanesischen Angaben wurden in der Früh

dozende chinesische Militärflugzeuge und Schiffe vor den Küsten gesichtet.

40 Flugzeuge seien in die Luftverteidigungszone eingedrungen.

China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz.

Die EU-Umweltagentur warnt vor der gesundheitsschädlichen Chemikalie bis für 0 A, kurz BPA.

Bei einer EU-weiten Studie wurde diese bei fast allen Teilnehmern nachgewiesen.

Mehr als 2.700 Menschen in elf Ländern wurden untersucht.

BPA kommt in Lebensmittelverpackungen vor.

Es wird etwa mit Brustkrebs und Unfruchtbarkeit in Verbindung gebracht.

Die Zahl der Todesopfer in den Überschwemmungsgebieten in Libyen könnte noch deutlich steigen.

Der Bürgermeister, der am meisten betroffenen Hafenstadterna befürchtet bis zu 20.000 Tote.

Bisher war offiziell von etwa 5.000 die Rede.

Tausende Menschen gelten aber noch als vermisst.

Nach den schweren Unwettern in Griechenland

sind die Leichen eines Mannes und einer Frau gefunden worden.

Ob es sich bei den Opfern und das vermisste Paar aus Graz handelt, ist unklar.

Nach Angaben des Außenministeriums

soll ein DNA-Abgleich Aufschluss bringen.

Im spanischen Fußballskandal muss ex-Verbandspräsident Luis Rubiales das Morgen vor Gericht erscheinen.

Der 46-jährige soll zum Vorwurf der sexuellen Nötigung befragt werden.

Rubiales hatte die Spielerin Jenny Amoso
gegen deren Willen öffentlich auf den Mund geküsst
und dabei ihren Kopf festgehalten.
Erst nach wochenlanger Weigerung war Rubiales
als Präsident des spanischen Fußballverbandes zurückgetreten.
Das Wettermorgenfreitag bringt einiges an Sonne,
nach Süden hin aber teilweise länger trüb,
über den Bergen einzelne Schauer.
Spätsommerlich war mit 18 bis 26 Grad
in 2000 Meter Höhe um 11 Grad.
Danke, Nieder Nikolaj.
Das war auch schon das Abendsjournal am 14. September.
Harald Landkraft, Technik, Christian Williwald, Regierend.
Andere waren ja Journalteam.
Weiter geht es hier mit dem Journal-Panorama.
Ö1 Journal-Panorama.
Guten Abend.